

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wlth. Vell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 266

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 8 Goldpfennig, für Verträge, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver

Donnerstag, den 12. November

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Innenminister der deutschen Länder berieten in Berlin über die Antwort der Reichsregierung auf die letzte Entwaffnungsnote der Pariser Völkervereinigung.

* Reichspräsident v. Hindenburg hat seine Reise nach Süddeutschland Dienstagabend angetreten.

* Eine Einberufung des Reichstages ist nach den letzten Beratungen in Berlin kaum vor dem 19. November, wahrscheinlich aber erst am 23. November wahrscheinlich.

* Auf einem Bankett in der Guildhall in London hat ein englisch-deutscher Freundschaftsakt allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Die englische Presse spricht aus diesem Anlaß ausführlich von einer „dramatischen Liebesbegegnung“.

Arbeits- und Wirtschaftsrecht.

Der Abgeordnete und ehemalige preussische Ministerpräsident Stegerwald hat in einer Stettiner Rede im Deutschen Gewerkschaftsbund soeben darauf hingewiesen, daß es außer dem Thema Locarno auch noch einige andere Dinge von nicht gerade unerheblicher Wichtigkeit gibt. Namentlich auch für den Arbeiter. Gerade die wichtigsten Fragen des Arbeitsrechtes stehen vor einer Entscheidung oder drängen zum mindesten zu einer Entscheidung hin. Da ist der Kampf um die Arbeitszeit — Stegerwald ist nicht für einen rein schematischen Achtstundentag, aber für Schaffung von Ordnung gegenüber der jetzigen Unsicherheit in der Richtung auf den Achtstundentag —, da ist der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes, da ist der Referentenentwurf eines Gesetzes über die endgültige Gestaltung des Reichswirtschaftsrates.

Mit diesem letzteren Gesetzentwurf wird die Frage der wirtschaftlichen Berufsvertretungen öffentlich-rechtlichen Charakters wieder aufgerollt. Dort herrscht wirklich ein ganz bemerkenswerter Durcheinander, das auch durch den berühmten Artikel 165 der Reichsverfassung nicht gerade verkleinert worden ist. Dieser Artikel ließ alle bis dahin bestehenden Berufs- und Wirtschaftsvertretungen bestehen, also z. B. Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern, andererseits aber auch die Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Der Artikel 165 verfügte nun daneben noch die Bildung von paritätischen Bezirkswirtschaftsräten und ihrer Spitze im Reichswirtschaftsrat, ferner die Schaffung von Betriebs- und Bezirks(arbeiter)räten, die im Reichsarbeitererrat gipfeln. Eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten erfolgte aber nicht, weil eine solche gar nicht möglich ist: das sozialpolitische Interessengebiet (Arbeitszeit und Lohn, Arbeitsbedingungen mannigfacher Art) läßt sich vom wirtschaftlichen Gebiet gar nicht sauber trennen; das geht ineinander über, beeinflusst einander aufs tiefste. Gesamtheitlich sah auch das Betriebsrätegesetz eine wirtschaftliche Mitarbeit der Arbeitnehmer an der Leitung des Betriebes vor, nicht bloß die lohnpolitische und tarifliche Interessenvertretung. Nun sind Bezirks- und Reichsarbeitererrat ebenso wenig zustande gekommen wie die Bezirkswirtschaftsräte; der vorläufige Reichswirtschaftsrat war Spitze für beide Aufbauten. Unterbaut war er durch die alten schon bestehenden Wirtschaftsorganisationen, Berufsvertretungen usw. Daher erledigte er auch Aufgaben sozialpolitischer Art ebenso wie die rein wirtschaftlichen.

Organisatorisch soll nun hinsichtlich des Unterbaus an dem bisherigen Zustand in zweifacher Form festgehalten werden, indem nämlich jene Verbände bzw. Kammern usw. die ständigen und die nichtständigen Mitglieder des neuen Reichswirtschaftsrates in Vorschlag bringen. Im ganzen wird aber die Zahl der Mitglieder sehr erheblich eingeschränkt und die gesamte Arbeit in die Ausschüsse verlegt. Verstärkt ist der Einfluß der Regierung dadurch, daß die von ihr zu ernennenden Mitglieder — und zwar der ständigen wie der nichtständigen — verhältnismäßig höher ist als bisher. Dafür soll aber der Arbeit des Reichswirtschaftsrates dadurch größeres Gewicht verliehen werden, daß er das Gesetzesvorschlagsrecht erhält, seine Gutachten auch bei abweichender Stellung der Regierung dem Reichsrat und Reichstag übermitteln werden müssen und dort mündlich durch ein Mitglied des Reichswirtschaftsrates vertreten werden können. Ein besonderer „Ausschuß zur Untersuchung tatsächlicher Verhältnisse“ — früher nannte man das Enquetekommission — soll die verfassungsmäßigen Rechte eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses erhalten.

Es existieren bereits viele einschlägige Organisationen und mit der Bildung von Bezirkswirtschaftsräten erklären sich viele Seiten nicht ganz einverstanden, auch nicht mit dem Ausbau des Arbeiterkammerwesens nach oben hin. Es wird gesagt, diese Neubildungen würden zu den Gewerkschaften in starke Konkurrenz treten und lägen schon deshalb nicht im Klassenmäßigen Interesse der Arbeiter, die aus den Konflikten zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften gelernt hätten.

Stegerwald regte in seiner Stettiner Rede auch ein stärkeres Hineinnehmen der Arbeitgeber in die Handwerks- und die Landwirtschaftskammern an. Das ist ein Gedanke, der bei dem weit engeren Zusammenarbeiten von Unternehmer und Arbeiter gerade in diesen Wirtschaftszweigen erwägbare erscheint, z. T. übrigens in dem Entwurf eines neuen Handwerkskammergesetzes bereits für die Gehilfen vorgesehen ist.

Sache der Verurteilung ist es, zu prüfen, wie weit sich bei allen diesen Fragen das Organisationsbedürfnis mit der Schonung der Freiheit des einzelnen und dem Wirtschaftsinteresse deckt.

Konferenz der Länderminister.

Löbe bei Hindenburg.

Berlin, 10. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den aus Amerika zurückgekehrten Reichspräsidenten Löbe. Dieser berichtete dem Reichspräsidenten über die Eindrücke von der Interparlamentarischen Tagung in Washington und besprach mit ihm ferner die innerpolitische Lage. Auch sollen Erwägungen über den Termin der Reichstagsauflösung angestellt worden sein. Die Beratungen über die Antwort der Reichsregierung auf die letzte Entwaffnungsnote der Pariser Völkervereinigung stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Die Innenminister der deutschen Länder sind heute hier mit der Reichsregierung nochmals zu einer Konferenz zusammengetreten, um zu der Antwort Stellung zu nehmen. An der Konferenz nimmt auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Held teil, weil die Forderungen der Völkervereinigung über die Landespolizei besonders für die bayerische Staatspolizei in Frage kommen sollen. Die Einigung der Länderminister soll unzweifelhaft sein, so daß man mit sofortiger Absendung der deutschen Antwort rechnet. Reichspräsident v. Hindenburg tritt heute Abend seine Reise nach Süddeutschland an.

Reichstagspräsident Löbe hat den Ältestenrat des Reichstages auf Donnerstag einberufen, um über den Termin des Wiederauflaufes des Reichstages zu entscheiden. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, erscheint eine Berufung des Reichstages vor dem 19. November, dem ursprünglich bei der Tagung in Aussicht genommenen Termin, schon deshalb nicht möglich, weil in den Tagen vorher die Parteitage des Zentrums und der

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Handwerksvertreter beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler hat Vertreter des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des deutschen Handwerks- und Gewerbelammergebietes zu einer Aussprache über die Preisentlastungsaktion empfangen. Die Vertreter des Handwerks berichteten über die Maßnahmen, die insbesondere von den Handwerks- und Gewerbelammergebiet und den Fachverbänden des Handwerks bisher eingeleitet worden seien. Ein abschließender Bericht werde der Reichsregierung in ganz kurzer Zeit zugehen. Bei der Besprechung kam erneut zum Ausdruck, daß eine wirksame Bekämpfung der Teuerung nur durch das Zusammenarbeiten und eine Bescheidung aller an der Wirtschaft beteiligten Kreise erreicht werden könne. Der Reichskanzler betonte, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, Sondermaßnahmen gegen irgendeinen Berufsstand zu ergreifen. Die Preisentlastungsaktion erstreckt sich vielmehr auf alle Berufsstände und habe die Beseitigung aller Hemmnisse zum Ziel, die einer gesunden Preisbildung vorläufig noch entgegenstehen.

Milderung der Luftfahrtbeschränkung.

Wie verlautet, hat die Völkervereinigung in der vergangenen Woche unter Heranziehung von Sachverständigen die für die deutsche Luftfahrt geltenden Beschränkungen geprüft. Es soll eine starke Milderung dieser Beschränkungen beabsichtigt sein, doch soll an die Stelle der gegenwärtigen Beschränkungen ein kompliziertes Kontrollsystem gesetzt werden. Der Bau von Kriegsflugzeugen bleibt verboten, doch erwartet man einen ausdrücklichen Verzicht auf die Zerstörung der Zeppelin-Halle in Friedrichshafen sowie eine Erklärung, daß gegen den Bau großer Zeppelin-Luftschiffe kein Bedenken vorliegt. Die Nachprüfung der Völkervereinigung geht zurück auf die Besprechungen, die in Locarno auch über diese Frage stattgefunden haben.

Der Nationalfeiertag im Rechtsausschuß des Reichstages.

Im Rechtsausschuß des Reichstages ist über die Frage der anerkannten kirchlichen Feiertage und des Nationalfeiertages verhandelt worden. Die Aussprache beider Fragen wurde voneinander getrennt. Ein demokratischer Antrag forderte, den 11. August als Nationalfeiertag zu bestimmen; die Deutschnationalen beantragten den 1. Mai, die Sozialdemokraten und Kommunisten den 1. Mai als Nationalfeiertag zu erklären. Die Sozialdemokraten unterstützten im übrigen den demokratischen Antrag. Ein Antrag des Zentrums ging dahin, daß der Nationalfeiertag allein durch das Reich festgesetzt werden dürfe, so daß alle Landesfeiertage in Fortfall zu kommen hätten. Hierzu beantragten die Sozialdemokraten, daß der 9. November und der 1. Mai in den Ländern, in denen sie bereits als öffentliche Feiertage begangen werden, diesen Charakter behalten sollen. Ein weiterer Zentrumsantrag verlangte die gesetzliche Einführung eines Gedenktages für die Kriegsoffer. Die Deutschnationalen beantragten, hierzu den nächsten Sonntag vor Ostern zu bestimmen. Die Aussprache wurde ohne Abstimmung abgebrochen. Die nächste Sitzung soll zunächst einer Beratung der bayerischen Ausnahmeverordnung vorbehalten werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident hat heute den bisherigen königlich-schwedischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Freiherrn Ramel zur Entgegennahme seines Abschiedsbriefes empfangen.

Deutschnationalen stattfinden. Es kommt nunmehr in Frage, ob der Reichstag zum 19. oder zum Montag, den

Erleichterungen in Aussicht?

London, 10. November.

Verschiedene Londoner Blätter bringen Mitteilungen über zu erwartende Maßnahmen der Alliierten, die angeblich aus diplomatischen Kreisen stammen. Danach wäre es nicht ausgeschlossen, daß die Alliierten die Wiederkehr des Waffenstillstandes, den 11. November, zur Veröffentlichung von Erleichterungen im besetzten deutschen Gebiet benutzten. Diese Erleichterungen würden jedoch kaum von der großen deutschen Öffentlichkeit gewürdigt werden, wenn ihr dies nicht im einzelnen durch eine amtliche Mitteilung oder eine Ministerrede erklärt würde. Dr. Stresemann werde vielleicht das letztere Verfahren vorziehen. Eine solche Mitteilung könnte dazu beitragen, die Besorgnisse zu zerstreuen, die durch die letzte alliierte Entwaffnungsnote geweckt wurden. In Berlin sei man offensichtlich von der alliierten Anregung, daß die deutsche Regierung selbst Vorschläge formulieren soll, überrascht und unangenehm berührt. Man nehme in Berlin an, daß dieses Verfahren wieder bedauernde Verzögerungen bedeute. Aber dies sei sicher nicht von den Alliierten beabsichtigt. Ob an diesen Mitteilungen etwas Wahres ist, muß sich zeigen.

London, 10. November.

Wie Reuter erfährt, wird der König von England voraussichtlich am 1. Dezember, an dem für die Unterzeichnung der Locarno-Verträge vorgesehenen Tage, den Unterzeichnern ein Bankett im Buckingham-Palast geben. Es werden im ganzen etwa 36 Persönlichkeiten, darunter die Außenminister der beteiligten Staaten, erwartet.

Berlin. Am Montag haben inoffizielle Verhandlungen zwischen Fraktionsmitgliedern des Zentrums und dem Abgeordneten Dr. Wirth zur Beilegung der durch den Austritt Dr. Wirths aus der Fraktion hervorgerufenen Spannung begonnen.

Hannover. Die hiesige Ortsgruppe des „Reichsbundes deutscher Technik“ fordert in einem Schreiben an den Reichstag die Schaffung eines Reichsministeriums für Technik und Verkehr zur Förderung und Mehrung sämtlicher technischer Belange.

Junsbrud. Die „Junsbruder Nachrichten“ melden, daß in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der „Verschwörung“ gegen Mussolini in allen süditalienischen Städten zahlreiche Verhaftungen erfolgt seien. Es wurden über hundert Personen, meistens nur auf Grund von Denunziationen, verhaftet.

Paris. Die Finanzkommission der Kammer hat den Vorschlag Painlevés, von allen französischen Bürgern über 21 Jahren eine jährliche Kopfsteuer von 20 Franc zu erheben, mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. In den Wandelgängen der Kammer wurde erneut lebhaft über den Rücktritt des Kabinetts gesprochen.

Madrid. Wegen einer Verschwörung gegen das spanische Direktorium sind zahlreiche Offiziere der Garnison von Madrid verhaftet worden.

Das Guildhall-Bankett.

Der Trunk aus dem goldenen Liebesbecher.

In London hat in der Guildhall aus Anlaß des Wechsels im Amt des Bürgermeisters von London das alljährliche große Festessen stattgefunden. An dem Bankett nahmen teil die Völkervereinigung und Gesandten der auswärtigen Mächte, darunter der deutsche Völkervereinigung Dr. Stamer, dem eine besonders warme Begrüßung zuteil wurde und dem der neue Lord-Mayor mit ganz besonderer Herzlichkeit und lange die Hand schüttelte. Außerdem waren anwesend die Mitglieder der Regierung, die Chefs der Land-, See- und Luftstreitkräfte und eine große auserlesene Gesellschaft mit Damen. Chamberlains Eintreffen war das Signal für laute Hochrufe von Seiten aller Anwesenden, die sich erhoben hatten und ihm einen begeisterten Empfang bereiteten.

Im Verlaufe des Banketts hielt Chamberlain eine Rede, in deren Mittelpunkt die Verhandlungen von Locarno standen. Chamberlain sagte hierbei:

Wenn die Ergebnisse von Locarno mit so allgemeiner Zustimmung begrüßt worden seien, so sei das deshalb geschehen, weil die Verträge von Locarno einem von der ganzen Welt tiefgefühlten Bedürfnis entsprächen. Er vertraue darauf, daß die Locarno-Verträge von den sämtlichen beteiligten Ländern unterzeichnet werden würden. Denn kein Staatsmann könne vor der Geschichte die Verantwortung dafür übernehmen, daß er den Leher der Hoffnung, den die Ergebnisse von Locarno darstellen, zurückgewiesen habe. Die Welt bedürfe des Geistes von Locarno, und diese Konferenz sei ein Anfang und nicht ein Abschluß gewesen. Er hoffe, der Geist von Locarno werde auch in der chinesischen Zollkonferenz gegenwärtig sein, die dem Fernen Osten schließlich den Frieden bringen werde.

Während des Guildhall-Banketts saß der deutsche Völkervereinigung Dr. Stamer zur Linken Chamberlains. Bei der Zeremonie der Rundreichung des Trinkpokal reichte der deutsche Völkervereinigung Chamberlain den Pokal, der den Deckel hob und sich in gewohnter Weise verbeugte, während der deutsche Völkervereinigung trank. Hierauf übergab Dr. Stamer den Pokal in Abereinstimmung mit dem gewohnten Brauch wieder Chamberlain.

Die dramatische Liebesbecherzene.

Die gesamte Londoner Presse veröffentlicht an hervorragender Stelle, mit Bildern vom Guildhall-Bauten, die den deutschen Botschafter Sir Samuel von Chamberlain sitzend darstellen, die Worte des britischen Außenministers: „Ich habe heute aus dem Liebesbecher mit dem deutschen Botschafter getrunken. Mögen unsere Nationen morgen tun, was er und ich heute getan haben.“

„Daily News“ spricht von einer dramatischen Szene. „Daily Graphic“ schreibt, die Diplomatie Chamberlains habe die Grundlage eines dauerhaften Friedens in Westeuropa gelegt.

„Daily Mail“ bezeichnet den Trunk Chamberlains und Sir Samuels aus dem goldenen Liebesbecher als das Hauptereignis des Banketts. Zahlreiche Anwesende hätten daran gedacht, daß bereits in drei Wochen eines der bedeutendsten Ereignisse seit dem Waffenstillstandstage gefeiert werden solle, nämlich die Unterschrift des Friedenspakt von Locarno, durch den Deutschland wieder in volle freundschaftliche Beziehungen und Gemeinschaft zu den alliierten Nationen trete.

„Daily Express“ bezeichnet die Liebesbecherzene zwischen Chamberlain und dem deutschen Botschafter ebenfalls als dramatisch. Das Blatt bemerkt, zwei Wochen Locarno hätten mehr für den Ruf Chamberlains getan als 30 Jahre aktiver Beteiligung an der inneren Politik Großbritanniens.

Der Sonderberichterstatter der „Times“ schreibt: Sowohl Chamberlain als auch Sir Samuel seien augenscheinlich durch die Bedeutung des Zwischenfalls gerührt gewesen, und es sei Chamberlain vorbehalten gewesen, in seiner Rede die Hoffnung auszudrücken, daß, was beide gestern getan hätten, ihre beiden Nationen morgen tun möchten.

Englands Luft- und Seestreitkräfte.

Was in der Guildhall noch gesagt wurde.

Auf dem Bankett in der Guildhall gab der Staatssekretär für Luftfahrt einen Überblick über die englischen Luftstreitkräfte. Er hob hervor, daß während der letzten zwölf Monate die britische Luftverteidigung wesentlich verstärkt worden sei, und zwar nicht nur in ihrer Zahl und Ausrüstung, sondern auch durch Ausdehnung der Territorien mit Flugzeugen. Von Jahr zu Jahr werde der Standard des Personals mit der Ausrüstung verbessert. Bisher habe das Fliegen, die größte Erfindung des 20. Jahrhunderts, der Welt wenig mehr gebracht als die Luft den furchtbaren Formen der modernen Kriegsführung zu eröffnen. Aber er habe die Hoffnung, daß mit dem neuen Abkommen von Locarno über Europa „neue atmosphärische Bedingungen“ sich ausbreiten werden, die die Wolken des Krieges zerstreuen und einen heiteren und klaren Himmel erscheinen lassen werden. Der Erste Seeflord, Lord Beatty, sprach über die Flottenpolitik der Regierung. Diese Politik ginge dahin, eine Anzahl von Kreuzern für den Schutz der britischen Überseegebiete und der Seeverbindungen des Reiches zu besitzen, von denen die Sicherheit und der Bestand der verschiedenen britischen Völker abhängig ist. Die Admiralität sei von der Regierung mit der Durchführung dieser Politik verantwortlich betraut worden. Die Admiralität könne der Behauptung, daß die Zahl der englischen Kreuzer unangemessen hoch sei, nicht zustimmen.

Putschgerüchte aus Bayern.

Ruhe im Land.

Nachdem Frankfurter und Berliner Blätter neuerdings Putschgerüchte aus Bayern gebracht haben und dabei von einzelnen Blättern sogar ein Eingreifen des Reiches bzw. des Oberreichsanwalts gefordert wurde, bringen nunmehr die Münchener neuesten Nachrichten an der Spitze des Blattes einen Artikel unter der Überschrift: „Unbegründete Gerüchte — Beunruhigung von außen“, in dem festgestellt wird, daß für Bayern keine Gefahr besteht. Eine Gefahr sei lediglich insofern vorhanden, als gewisse norddeutsche Blätter neuerdings versuchen, Bayern in Mitleid zu bringen und vor allem Beunruhigung nach Bayern hineinzutragen, während in Bayern selbst Ruhe herrsche.

Demgegenüber werden weiter in der republikanischen Presse Einzelheiten über die Putschvorbereitungen veröffentlicht, wobei auch bereits Ministerlisten im Falle eines erfolgreichen Umsturzes genannt werden. Die bayerische Regierung will zu diesen Gerüchten erst nach Rückkehr des bayerischen Ministerpräsidenten Held, der sich gegenwärtig in Berlin aufhält, Stellung nehmen.

Bei einer Revolutionsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilte der politische Schriftsteller Emil Ludwig mit, daß vor genau einem Jahre in München der Plan bestanden habe, mit einfacher Stimmenmehrheit im Landtag den früheren Kronprinzen Rupprecht zum Staatspräsidenten von Bayern zu wählen. Durch diktatorische

Dunkle Mächte.

121 Kriminal-Roman von Friedr. Z. Zöllner.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Dann erhob sich der Beamte und verabschiedete sich. Der Kommerzienrat gab ihm bis zur Tür das Geleit.

Als er zurückkehrte, fand er den Detektiv in tiefem Nachsinnen.

„Es scheint, Herr Wallner“, bemerkte er gutmütig, „als ob Ihnen diesmal die Polizei zuvorkommen will. Lassen Sie sich das nicht weiter anfechten. Bedenken Sie, wie lange die Behörde schon mit den Nachforschungen beschäftigt ist, und wie wenig Sie erst in der Angelegenheit tun konnten!“

Norbert Wallner hob den Kopf.

„Sie irren, Herr Kommerzienrat“, versetzte er. „Wie ich schon vorher andeutete, ist mit dem Aufsuchen eines Teiles der gestohlenen Wertgegenstände etwas gewonnen, und auch, wenn die Polizei eines Tages den unbekannten Verkäufer erwischt, wird sie in der Sache selbst kaum einen Schritt weiter kommen. Herr Inspektor Voedeker nahm mir zwar meinen Hinweis darauf übel, eines Tages aber wird er einsehen, daß ich recht hatte, und daß er besser getan hätte, meine Bemerkung ernst zu nehmen.“

„Versuche ich Sie recht, Herr Wallner?“ rief der Kommerzienrat verwundert. „Es war Ihnen wirklich ernst mit Ihren Worten? Sie wissen demnach noch mehr über den geheimnisvollen Zusammenhang dieser ganz unerklärlichen Diebstähle?“

„Allerdings. Ich will sogar Ihnen gegenüber noch weiter gehen und Ihnen verraten, daß ich seit kurzem fast mit Gewißheit die Aufklärung der Diebstähle voraussehe.“

„Das wäre —“

„Nicht so laut, Herr Kommerzienrat! Es ist nicht nötig, daß außer uns beiden vorläufig noch jemand anders davon erfährt, daß ich dem Verbrecher auf der Spur bin.“

Maßnahmen sollte er dann die Monarchie in Bayern wiederherstellen. Damals habe ein deutscher Reichsminister dem Kronprinzen die Zustimmung gegeben, daß die Reichswehr sich in diesem Falle neutral verhalten und nicht marschieren werde.

Landwirte beim Reichspräsidenten.

Die nationale Bedeutung ländlicher Siedlung.

Reichspräsident von Hindenburg hat eine Abordnung der Bauern- und Kleinbauernverbände empfangen, die von dem Hauptgeschäftsführer des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, Herrn Lütke, und dem Vorstand des Schlesischen Bauernbundes, Herrn Hiltmann, geführt war. Die erschienenen Vertreter legten dem Herrn Reichspräsidenten die Notlage der existenzlosen Landwirte, nachgeborenen Bauernsöhne, verdrängten Pächter usw., dar, denen durch beschleunigte und großzügige Fortführung der landwirtschaftlichen Siedlung eine landwirtschaftliche Existenz gegeben werden müßte, und wiesen auf die wirtschaftliche und nationale Bedeutung dieser Aufgabe hin.

Der Herr Reichspräsident betonte in seiner Erwiderung, daß er von der Bedeutung des Siedlungswertes überzeugt sei und der Notlage der genannten bäuerlichen Schichten volles Verständnis entgegenbringe. Ebenso hoffe er, daß die mit diesen Fragen befaßten Stellen im Reich und in den Ländern, ferner die Landlieferungsverbände und die ländlichen Genossenschaften in gleicher Weise den Siedlungsaufgaben persönliches Interesse und tatkräftige Förderung entgegenbrächten; andererseits machte der Herr Reichspräsident aber auch auf die schwierige finanzielle Lage des Reiches wie der Länder aufmerksam. Der Herr Reichspräsident erklärte sich am Schluß der Aussprache bereit, dahin zu wirken, daß in Zusammenarbeit von Reich und Ländern und unter gerechtem Ausgleich der hier oft widerstrebenden Interessen das Werk der ländlichen Siedlung nachdrücklich fortgesetzt werde.

Schluß der Sachverständigenuntersuchungen.

Der Dolchstoßprozeß in München.

(17. Tag.) München, 10. November. Sachverständiger General von Kuhl äußert sich nochmals über die Möglichkeit eines Weiterkämpfens im November 1918. Anfang November 1918 sei eine Atempause notwendig gewesen. Zudenborf habe ausdrücklich erklärt, daß weitergekämpft werden müßte und auch könnte, wenn wir eine Atempause erhielten. Er widersprach entschieden der Auffassung Delbrücks, daß der Zusammenbruch auf die schlechte militärische Führung zurückzuführen sei. Der Sachverständige Major Volkman nahm in Ergänzung seines bereits erstatteten Gutachtens zu den Fragen der Einwirkung der Revolution auf das Heer, der Folgen der Wehrlosmachung des deutschen Volkes und der Haltung der Linksozialisten zur Nation Stellung. Es sei kein Zweifel darüber, daß das Streben der Unabhängigen dahin gegangen sei,

den Sieg der Revolution zu sichern

und die Atmosphäre für die erhoffte Weltrevolution zu schaffen. In der Zeit vom 9. November bis zum Frühjahr 1919 sei Deutschland nur durch die gemeinschaftliche Angelegenheit der mehrheitssozialistischen Führer, insbesondere des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, und der damaligen D. S. L. vor dem radikalen Sozialismus bewahrt worden. Sachverständiger Major Volkman schilderte dann die Einwirkung der Revolution auf das Heer, wobei er mitteilte, daß die D. S. L. zunächst die Absicht gehabt habe, das Heer geschloffen über den Rhein zurückzuführen, dort einen starken Grenzschutz aufzubauen, zuverlässige Truppen in die einzelnen Provinzen zur Wiederherstellung der Ordnung zu schicken und einen Teil der Truppen nach Polen zu senden, wo sich

die polnische Einfallsbewegung

bereits fühlbar gemacht habe. Diese Absicht sei durch den überraschenden Verfall des Heeres vereitelt worden. Die Arbeiter- und Soldatenräte hätten eine heillose Verwirrung angerichtet. Die furchtbaren Zustände im Osten müßten heute noch jedem unabhängigen Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben. Man brauche nur an die schmachvollen Verhandlungen der Soldatenräte mit den Polen und Bolschewisten, an die freiwillige Abgabe der Waffen und die Vorgänge bei der Räumung der Ukraine zu erinnern. An diesen unerhörten Zuständen seien nicht allein die militärische Niederlage und der Hunger schuld, sondern auch diejenigen seien schuldig, die die Menschen auf die revolutionäre Erhebung vorbereitet hätten. Mischculbig seien die, die im Kriege den Kampfstimmung höher gestellt hätten als das Schicksal der Nation. Durch den Glauben an den Weltfrieden sei eine starke Schwächung des Kampfwillens eingetreten und der Verfall des Heeres wesentlich beeinflusst worden. Der Sachverständige Dr. Fischer erklärte, er sei nicht in der Lage, an seinem Urteil, daß ein Weiterkämpfen bis zum Frühjahr nur eine Verleumdung gebracht haben würde, etwas zu ändern. Die Erschöpfung der Amerikaner sei nur eine vorübergehende gewesen. Die Regierung hätte nach dem 29. Oktober erklären müssen, daß der Krieg zu Ende sei. Dann

„Dem Verbrecher?“

„Ja, es ist nur einer, aber dieser eine birgt die Gefährlichkeit und Bosheit von zehn anderen in seiner Person. Es ist ein Teufel in Menschengestalt, ein Mensch, der kalten Blutes mit Leben und Gesundheit, mit Ehre und Ansehen seiner Mitmenschen spielt, der, ohne mit der Wimper zu zucken, gänzlich Unschuldige dem Buchtstuhl überliefert, und der dabei für seine eigene Sicherheit so vortrefflich gesorgt hat, daß es ihm unter anderen Umständen, wenn nicht ein außerordentlich günstiges Geschick mir zu Hilfe gekommen wäre, gewiß gelungen wäre, Millionen anzuhäufen und dabei sein Leben lang unentdeckt zu bleiben.“

„Sie kennen ihn, Herr Wallner?“

„Noch nicht, Herr Kommerzienrat. Aber ich werde ihn kennen lernen. Nicht eher werde ich ruhen, bis ich ihn zur Strecke gebracht habe! Und es wird mir gelingen. — Doch für heute genug davon, Herr Kommerzienrat. Der Grund, weshalb ich hierher kam, ist wichtiger. Sind Sie, beziehungsweise Ihre wertvolle Familie, für heute oder morgen zu einer Gesellschaft geladen?“

Einen Augenblick sprach sich deutliches Staunen in den Augen des Hausherrn aus. Dann entgegnete er: „Allerdings; es findet im Hause eines alten Jugendfreundes von mir eine Familienfeier statt, zu der wir eingeladen sind.“

„Aha! — Und wo ist die Feier, wenn ich fragen darf?“

„Bei Herrn Geheimrat Ballow in der Kurfürstenstraße. Seine älteste Tochter hat sich mit einem Herrn des Ministeriums verlobt.“

„Ich kenne die Familie, allerdings nicht so persönlich, daß ich ohne weiteres eine Einladung zu dem Fest erhalten könnte. Es ist aber unbedingt notwendig, daß ich zugegen bin. Wann findet die Familienfeier statt?“

„Morgen abend, Herr Wallner. Wenn ich recht vermute, soll ich Ihnen die Möglichkeit verschaffen, der Feier beizuwohnen zu können.“

Hätten sich die staatsverhaltenden Elemente zusammengeschlossen und es wäre möglich gewesen, alle Kräfte zur Ordnung im Innern einzusetzen. Er sei aber der Überzeugung, daß auch dadurch die Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens nicht mehr hätten geändert werden können. Die militärische Lage vor dem Waffenstillstandsangebot der D. S. L. sei nicht einmal den ganz im internen Dienst stehenden Personen zum Bewußtsein gekommen.

Damit war die Vernehmung der sämtlichen Sachverständigen beendet. Der Vorsitzende dankte den Sachverständigen für ihre Mithewaltung. Am Mittwoch wird die Vernehmung neuer Zeugen fortgesetzt werden.

Der Prozeß gegen die Gräfin Bothmer.

§ Berlin, 10. November.

Interessant gestaltet sich die Vernehmung der Zeugin Rediste, des Dienstmädchens der über Nied wohndenden Frau Hartung. Das Mädchen gibt klare, präzise Antworten; es erklärt, daß die Gräfin eines Tages zu ihr gekommen sei, nach Frau Badura gefragt und gesagt habe, sie wolle sich in die Niedsche Wohnung bringen. Die nächste Zeugin, Frau Hartung, hat mit der Gräfin und Frau Badura unmittelbar nach dem ersten Einbruch die Wohnung besichtigt. Sie bestätigt im allgemeinen die Aussagen der Gräfin. Auch Fräulein Klönagel gibt bei ihrer Vernehmung an, daß sie von der Gräfin vom dem Diebstahl benachrichtigt worden sei und daß sie der Gräfin zurückgegeben habe, es möge die Kriminalpolizei nicht benachrichtigt werden, bevor sie, die Zeugin, von ihrer Reise zurückgekehrt sei.

Kriminalassistent Rützel, Potsdam und Frau Springer, die Portierfrau im Hause Marquardstraße, werden vernommen, wissen aber nichts Wesentliches zu melden. Dem Fräulein Lutas, Friseurin in Berlin, hat die Gräfin v. B. viele Sachen zum Kauf angeboten, Tischdecken, Römer usw. Die Gräfin sagte, daß die Sachen von dem abgestürzten Potsdamer Regierungsrat von Leubner stammten. Fräulein Lutas erkennt die Sachen im Gerichtssaal als die wieder, die ihr zum Kauf angeboten worden sind. Die große Tischdecke hat die Zeugin auch gekauft. Auch sie stammt vom Präsidenten Nied. (Bewegung im Zuscherraum.) Die Gräfin erbot sich damals auch, Wäcker zu bringen. Aber wer kommt gegen die Gräfin auf? Sie streitet. Sie berichtet, sie rede die Zeugin schwach, und der Herr Graf spricht auch, und draußen warten andere Zeugen. Vor dem Staatsanwalt steht ein geschlossenes Seitglas, auch bei Nied gestohlen, aber die Angeklagte protestiert. Römer werden auf den Beweisstisch gestellt, der bestohlene Präsidentenjäger: „Ich weiß nicht genau, ob das alles meine Römer sind.“ Am 24. August ist die Gräfin zu Saß in die Leibnizstraße gekommen und hat dort einen Römer angeboten. Man lehnte dort ab, die Gräfin bot auch Silberfachen an, auch angeblich von dem abgestürzten Herrn Leubinger. Der erste Staatsanwalt gibt die Erklärung ab, daß Frau Leubinger sich in günstigen Verhältnissen befindet und nie Sachen verkauft hat.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 12. November 1925

□ Die Post stundet in begründeten Fällen. Der Bund deutscher Fernsprechteilnehmer, dessen vorläufiger Sitz Göttingen ist, hat beim Reichspostministerium Antrag gestellt auf Stundung von Fernsprechgeldern in geeigneten Fällen. Darauf ist vom Reichspostminister folgender beachtenswerter Bescheid eingegangen: „Die Deutsche Reichspost ist wegen ihrer gespannten Wirtschaftslage auf den rechtzeitigen Eingang der Fernsprechgeldern angewiesen. Trotzdem nimmt sie bei der Erhebung von Fernsprechgeldern auf die Notlage einzelner Teilnehmer insofern Rücksicht, als sie in begründeten Fällen die geschuldeten Gebühren zu angemessenen Bedingungen stundet. Eine zinslose Stundung ist jedoch für die Deutsche Reichspost nicht tragbar.“

□ Besserung der ländlichen Postverhältnisse. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, erklärt der preussische Handelsminister die Bereitwilligkeit des Staatsministeriums, auf Anstellung einer ausreichenden Zahl von Landbriefträgern sowie auf eine beschleunigte Zustellung der ländlichen Posten hinzuwirken, sobald und soweit dies entsprechend dem Umfange des Verkehrs, den bestehenden Postverbindungen und der finanziellen Lage der Reichspost möglich ist. Eine Einwirkung des Staatsministeriums in der Richtung, daß die ländlichen Posthilfsstellen wieder aufwärtsentschäftungen in ungefähr gleicher Höhe wie vor dem Kriege erhalten, erübrigt sich, da diesem Wunsche nach einer Mitteilung des Reichspostministers bereits jetzt Rechnung getragen wird.

— Pferdemarkt. Auf dem städtischen Viehhofe in Elberfeld findet am Donnerstag, den 12. und Freitag, den 13. November Pferdemarkt statt.

„Allerdings, Herr Kommerzienrat. Es wäre dies der einzige Weg, mich dort einzuschmuggeln, und bis morgen haben Sie ja auch nur Wenige Zeit, die Sache vorzubereiten.“

„Gewiß, gewiß!“ Der Hausherr geriet augensichtlich in einige Aufregung. „Sie vermuten also, daß morgen ein weiteres Verbrechen geschehen soll?“

„Ja, und deswegen möchte ich zur Stelle sein. Es ist Ihnen doch möglich, mir eine Einladung zu verschaffen?“

„O natürlich! Mein Freund wird gern bereit sein, Sie zu seinen Gästen zu zählen, wenn ich ihm mitteile —“

„Galt, Herr Kommerzienrat!“ unterbrach ihn der Detektiv. „Herr Geheimrat Ballow darf unter keinen Umständen ahnen, wer ich in Wirklichkeit bin, und was mich in sein Haus führt. Es ist unbedingt notwendig, daß die Herrschaften dort mir völlig unbefangen gegenüberstehen. Nur so kann ich etwas erreichen.“

„Aber, bedenken Sie, Herr Wallner, daß unter den Gästen sehr leicht jemand sein könnte, der Sie kennt. Wie kann ich Sie da als einen anderen einführen?“

„Darüber machen Sie sich keine Sorge, Herr Kommerzienrat. Ich werde mein Äußeres schon so verändern, daß es selbst Ihnen schwer fallen wird, mich wiederzuerkennen.“

Der Hausherr sah zweifelnd auf den Sprecher. „Ich weiß nicht, Herr Wallner“, meinte er dann, „ob Ihnen das gelingen dürfte. Vollbart und Perücke sind doch wohl Dinge, die sich als Verkleidungsmittel in einem Kriminalroman ganz hübsch machen dürften, deren Unechtheit in der nächsten Wirklichkeit aber allzu leicht durchschaut werden möchte.“

„Ich beabsichtige auch gar nicht“, gab der Detektiv lächelnd zurück, „mich Ihnen zu bedienen. Damit würde ich allerdings, zumal in der festlichen Beleuchtung des morgigen Abends, wohl kaum Glück haben.“

(Fortsetzung folgt.)

In jeder Beziehung eingeholt hat. Die diesjährige Ausstellung wird die größte aller bisher stattgefundenen sein. Der Herr Reichspräsident wird die Eröffnung der Ausstellung persönlich vornehmen.

Hilfe für die Wohnungsnot im Osten.

Berlin, 10. November. Der Ostauschuss des Preussischen Landtages nahm heute einen Antrag an, nach dem auf das Staatsministerium eingewirkt wird, im Hinblick auf die ganz außergewöhnlich ernsten Wohnungsnotstände in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen, Regierungsbezirk Köslin und Stettin mit größter Beschleunigung erhöhte Mittel zur Behebung dieser Not zur Verfügung zu stellen. Annahme fand weiter ein Zusatzantrag, nach dem auch auf die Reichsregierung eingewirkt werden soll, sich an der Beseitigung der Wohnungsnotstände durch Bereitstellung ausreichender Mittel zu beteiligen.

Ein neuer Hochverratsprozess.

Leipzig, 10. November. Ein umfangreicher Hochverratsprozess begann heute vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik. Wegen Beihilfe zum Hochverrat, Sprengstoffverbrechen, Verheimlichung mehrerer Waffenlager und unerlaubten Waffenbesitzes haben sich die Arbeiter Paul Kühn, der Bauarbeiter Michael Karmier aus Leipzig und der Kraftwagenführer Walter Benzmann aus Berlin zu verantworten. Im Oktober 1923 wurden die Angeklagten Kühn und Karmier nach Berlin berufen. Dort erschienen sie in der Zentrale der R. V. D. und gaben ein Paket ab, wofür sie 300 Mark erhielten. In diesem Paket sollen angeblich Sprengstoffe enthalten gewesen sein. Dem Angeklagten Benzmann wird zur Last gelegt, sich am Sprengstoffattentat anlässlich der Denkmalsweihe am 24. Mai 1924 in Potsdam beteiligt zu haben. Auch hat er an den Waffenschleppungen in Berlin teilgenommen. Zu dem Prozess sind über 20 Zeugen geladen, u. a. auch der aus dem Eschelaprozess bekannte Reumann, Kraftwagenführer Mörsner sowie der frühere Lokomotivführer Bozenhardt, der sich zurzeit in der Gefangenenanstalt Brandenburg befindet. Den Vorsitz führt Reichsgerichtsrat Hettner.

Die Stuttgarter Reise des Reichspräsidenten.

Stuttgart, 10. November. Der Staatsanzeiger widmet dem Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, zu seinem morgigen Besuch bei der württembergischen Regierung einen bezüglichen Begrüßungsartikel, in dem es zum Schluss heißt: „Wenn sich jetzt Stuttgart nicht in dem prächtigen Gewande zeigen kann wie in den Tagen des Frühlings und Sommers, so wird doch auch an solchen Novembertagen in dem begeisterten Empfang, den das Schwabenland dem Reichspräsidenten bereiten wird, die Wärme des Gefühls zum Durchbruch kommen, das wir dem verehrten Gast entgegenbringen. Es wird die Freude sich betätigen, mit der Württemberg zum Reiche und zu dem Manne steht, der ihm zum Symbol der Einheit des Reiches geworden ist.“

Spiel und Sport.

Sp. Das größte Hallenschwimmbad der Welt. In Gemeinschaft mit der Stadtgemeinde Berlin beabsichtigt eine Eisfabrik in Berlin-Reinickendorf-Ost ein Sportunternehmen zu errichten, das vorerst ein Hallenschwimmbad und eine Hallenlaufbahn mit den erforderlichen Erfrischungsräumen umfassen soll. Für das während des ganzen Jahres ununterbrochen geöffnete Strandbad ist ein Wasserbassin in einer Größe von 3300 Quadratmetern vorgesehen; der anschließende, aus erwärmtem Sand bestehende Strand soll eine Breite von 15 Metern erhalten. Das geplante Bad, dem jährlich etwa 2000 000 Kubikmeter auf 22 Grad erwärmtes Wasser zur Verfügung stehen, dürfte damit das größte Hallenschwimmbad der Welt werden.

Sp. Beginn des Moskauer Schachturniers. In Moskau begann das internationale Schachturnier. Gleich die erste

Munde bringt ein Sensationsereignis, nämlich die Partie zwischen Capablanca und Lasker. Capablanca hat den Anzug. Die Paarung der übrigen Teilnehmer ist: Chotimirski-Méti, Marshall-Berlinski, Löwenfisch-Bogartischuk, Tartakower-Gewiss, Spielmann-Rabinowitsch, Subarow-Rubinstein, Samisch-Jates, Bogoljubow-Grünfeld, Gotthilf-Romanowski. Spielfrei ist Torre.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Grans verschoben. Gegen den Händler Hans Grans, den Freund des Mörders Saarmann, sollte im Wiederaufnahmeverfahren vor dem Schwurgericht in Hannover verhandelt werden. Der angelegte Termin ist verschoben worden, die Verhandlung wird erst in einer der nächsten Schwurgerichtsperioden stattfinden.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Verschlechterung des Arbeitsmarktes.) Der Arbeitsmarkt weist eine Verschlechterung auf. Auf den Arbeitsnachweiser wurden rund 60 000 Arbeitsuchende gemeldet. Ein besonders ungünstiges Zeichen ist in dem schnellen Wechsel der Stellen zu suchen. Der Stellenwechsel ist heute größer denn je zuvor.

Essen. (25 Jahre Christlicher Metallarbeiter-Verband.) Die Essener Ortsverwaltung des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes beging die 25jährige Jubelfeier ihres Bestehens. Es fand ein einfacher interner Festakt statt, an dem unter anderem auch Minister Sirisiefer teilnahm. Gewerkschaftssekretär Gröhne gab in einem Vortrag einen umfassenden Rückblick auf die Entwicklung des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Essen von der Gründung der Ortsgruppe im Mai 1900 an. Die Feier war verbunden mit einer Ehrung der Gründer und Jubilare, denen eine Ehrennadel und ein Ehrendiplom überreicht wurde.

Saarbrücken. (Vor schweren Wirtschaftskämpfen im Saargebiet.) Die schwere Wirtschaftslage im Saargebiet wird durch die Frankfurter Zeitung vom 10. Tag bedrohlicher. Große Arbeitslosigkeit im ganzen Saargebiet bevor. Die Gewerkschaftsgruppen haben den Arbeitgebern neue Lohnforderungen unterbreitet. Der Arbeitgeberverband der Saarindustrie hat die Lohnforderungen der Gewerkschaftsorganisationen abgelehnt. Im Holz- und Bauwesen will der Arbeitgeberverband zur Ausperrung aller Arbeiter schreiten. In drei Saarbrücker Großbetrieben haben die Arbeiter die Tarife gekündigt.

Mainz. (15 000 Metallarbeiter ausgesperrt.) Die Vereinigung der Metallindustriellen hat, nachdem der deutsche Metallarbeiterverband in Mainz und Wiesbaden ihrer Aufforderung, die Spengler- und Installateursgesellen zur Wiederaufnahme der Arbeit am 9. November zu veranlassen, nicht Folge gegeben hat, beschlossen, sämtliche Metallarbeiter der Bezirke Mainz, Wiesbaden, Rheingau und Umgebung vom 16. November ab auszusperrn. Von dieser Maßnahme werden etwa 15 000 Arbeiter betroffen.

Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen vom 10. November.

* Börsenbericht. Nach unsicherem Beginn gestaltete sich die Börsenstimmung im weiteren Verlauf recht freundlich, die Umsätze waren allerdings nicht sehr erheblich. Viel beachtet wurde die weitere Erleichterung des Geldmarktes; tägliches Geld war bereits zu 7,50—8% erhältlich, monatliches Geld zu 10—11,50%.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,33 bis 20,38; holl. Gulden 168,83—169,25; Danz. 80,65—80,85; franz. Franc 16,74—16,78; belg. 19,02—19,06; schwed. 80,83—81,03; italien. 16,73—16,77; schwed. Krone 112,18 bis 112,46; dän. 104,07—104,33; norweg. 84,89—85,11; 12,42—12,46; österr. Schilling 59,12—59,26.

* Amstliche Getreide- und Strohnotierungen (Erzeugnisse). 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (im Reichsmark): Quadratballen drahtgepreßtes Roggenstroh 0,85—1,35, do. Strohstroh 0,90—1,30, do. Weizenstroh 0,80—1,20, do. Gerstenstroh 0,80—1,20, Roggenballen 1,30—1,70, bindeladengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 1,00—1,35, Stroh 1,45 bis 1,75, handelsübliches Heu 3,90—4,45, Mischheu, lose —, Kleheu, lose 4,25—5,00.

* Butter. Die amstliche Berliner Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel (Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten) war für I. Qualität 2,05 M., II. Qualität 1,80 M., abfallende Qualität 1,60 M. für 1/2 Kilogramm.

* Produktentörse. In Amerika hatte Winnipeg seinen Geschäftverkehr, und das war wohl die Hauptveranlassung, daß Chicago unregelmäßige Tendenz aufwies. Tageswaren waren die ersten Liverpooler Kurzmeldungen abgeschwächt. Trotzdem eröffnete hier der Weizenmarkt in fester Haltung, weil Exportfrage anhielt und auch in Beding noch Ware gesucht wurde. Das veranlaßte auch im handelsrechtlichen Lieferungsverkehr etwas höhere Preise als gestern. Für Roggen zeigte sich mancher neue Begehr für Nordeuropa und es waren für An- und Ausland einige Preisbesserungen zu erzielen. Im Lieferungsverkehr schloß zuerst die Haltung sich auch befestigten zu wollen, es kamen her genug Abgaben zu geistigen Schlusspreisen heraus, und für Mai lauteten die Anfangsnoteierungen höher. Gerste hat lustiges Geschäft. Hafer ruhig und behauptet. Mehl sehr still, Futtermittel sehr lustlos.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	10. 11.	9. 11.		10. 11.	9. 11.
Weiz. märk.	219-222	218-221	Weiz. f. Br.	11,2-11,3	11,2-11,3
pommerscher	—	—	Roggl. f. Br.	9,0-9,2	9-9,2
Roggl. märk.	133-136	132-135	Haas	—	—
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Rübsaat	23-31,5	24,5-31,5
Braugerste	184-208	184-208	fl. Speiserbs	22-24	23,5-25,5
Futtergerste	148-160	148-160	Futtererbs	18-20	18,5-20,5
Hafer, märk.	157-166	157-166	Wicken	16-18	17-18
pommerscher	—	—	Niederböhnen	19-22	20-22
westpreuß.	—	—	Wicken	20-25	21-25
Weizenmehl	—	—	Eupin., blaue	11,5-12,5	11,5-12,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Eupin., gelbe	—	—
fln. br. inkl.	—	—	Seraballa	—	—
Sad. (feinst.)	27-31,2	27-31,2	Maßstuch	13,8-14	14,2-14,3
Wrt. f. Not.	—	—	Leinfuch	21	21,2-21,3
Roggenmehl	—	—	Erbsenfuch	7,6-7,8	7,6-8
p. 100 Kil. fr.	—	—	Soya-Schrot	19,2-19,4	20
Berlin br.	—	—	Torfm. 30/70	9,2-9,5	9,2-9,5
inkl. Sad	20-22,5	20-22,2	Kartoffelf.	12,7-13	12,8-12,9

Städtischer Viehhof Ebersfeld.

Ebersfeld, 9. Nov. Auftrieb 910 Stück Großvieh, davon 348 Ochsen, 84 Bullen, 424 Färsen und Kühe, 54 Fresser, 2877 Schweine, 352 Kälber, 68 Schafe. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht, 1. Rinder: Ochsen a. 56—58, b. 52—54, c. 42—48, d. 35—40. Bullen a.) 50—52, b.) 40—45, c.) 30—36, Färsen und Kühe: a.) 54—56, b.) 50—52, c.) 40—45, d.) 30—35, e.) 20—25. Jungvieh: a.) 30—36. 2. Kälber: a. — b. 90—95, c. 80—85, d. 70—75, e. 50—60. 3. Schafe: Weideschafe: a.) 50—55, b. 30—40. 4. Schweine: a. 90—, b. 88—89, c. 86—87, d. —, e. 80—84, f. 80—84.

Tendenz des Marktes: In allen Gattungen langsam. Einzelne ausgesuchte Tiere über Notiz. Aus dem Ausland wurden in der vergangenen Woche eingeführt: 170 Rinderviertel, 370 Schweine 93 Kälber.

Schriftleitung Wiltz Bell jr., Halber t. Westf.

Bekanntmachung.

Gemäß §§ 46 ff. des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Gemeinde Hülfsheid die Verleihung des Rechts beantragt hat, nach Maßgabe der Baubeschreibung vom 19. Febr. 1925 und des Lageplanes in die Wolme täglich rund 20 cbm Niederschlags- und Abwässer einzuleiten.

Der Verleihungsantrag mit Zeichnung und Beschreibung liegt auf dem Amtsbüro Klagebach während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Widersprüche gegen die Verleihung und Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen oder auf Entschädigung sind beim Bezirksausschuß in Arnsberg schriftlich in drei Ausfertigungen oder zu Protokoll in der Zeit vom 11. bis 25. November 1925 einschließend anzubringen.

Innerhalb derselben Frist sind Anträge auf Verleihung des Rechts zu einer Benutzung des Wasserlaufs, durch welche die von der Antragstellerin beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, bei der unterzeichneten Amtsstelle mit dem unter 2 bis 5 in der III. Ausführungsanweisung zum Wassergesetz vorgeschriebenen Unterlagen einzureichen.

Werden innerhalb dieser Frist Widersprüche nicht erhoben oder Anträge auf Verleihung von Rechten nicht gestellt, so geht das Widerspruchs- und Antragsrecht verloren, die nach Ablauf der Frist gestellten Anträge auf Verleihung können in diesem Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden.

Wegen nachteiliger Wirkungen bei der Ausübung des verliehenen Rechtes können in diesem Falle nur noch die im § 82 und § 203, Abs. 2 des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig geltend gemachten Einwendungen, Widersprüche, Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen und Entschädigungsansprüchen wird am 1. Dezember 1925, mittags 12 Uhr, im Amtsbüro Klagebach in der Gemeinde Hülfsheid vor einem Beauftragten des Bezirksausschusses verhandelt werden, wozu alle Beteiligten hiermit geladen werden.

Diese Verhandlung wird auch stattfinden, wenn einer der Beteiligten ausbleibt.

Arnsberg, den 29. Oktober 1925

Der Bezirksausschuß, Abteilung II.

B. A. II W. 12/25/12.

Veröffentlicht

Hilfsheid, den 3. November 1925.

Der Amtmann.



Geflügelzuchtverein für Ehringhausen u. Umgegend

Die

13. Kreisverbands-Geflügel-Ausstellung

unter dem Protektorat des Landrats Herrn Geheimrat Dr. Thomee in Altena,

findet am Samstag, den 14. und Sonntag, den 15. November im Germaniasaal des Herrn Fritz Wilke in Ehringhausen statt.

Eröffnung: Samstag, nachmittags 4 Uhr.

Große Gratisverlosung von Geflügel u. sonstigen nützlichen Gegenständen.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Ausstellungsleitung.

Allgem. Ortskrankenkasse Kierspe.

Ausschussitzung

am Samstag, den 14. Nov. 1925 nachm. 6 Uhr bei Bastian, Kierspe-Vhf.

Tagesordnung:

1. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.
2. Voranschlag für das Rechnungsjahr 1926
3. Antrag des Herrn Wilhelm Seifinghaus auf Erhöhung der Miete für das Geschäftslokal.
4. Satzungsänderung betr. die Erhöhung der Beiträge oder Einschränkung der Leistungen.
5. Beschlußfassung über ein Angebot betr. die Ueberlassung eines kostenlosen Bauplatzes für das Geschäftslokal und evtl. Aufhebung des am 18. 7. 25. gefaßten Beschlusses über den Grundstückskauf.
6. Verschiedenes.

Kierspe, den 6. November 1925.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Akten Mappen

aus Rindleder schwarz und braun, Tornister Schüler-Etuis Damen-Taschen Einkaufs-Beutel Brieftaschen Scheintaschen etc. liefert preiswert

Wilh. Bell jr., Halver.

Briefpapier

empfiehlt

Wilh. Bell jr.



Freim. Feuerwehr Buschhausen.

feiert am Sonntag, den 15. Nov. im Vereinslokale in Buschhausen ihr diesjähriges

Winterfest

durch Konzert, Aufführungen und Ball

unter Mitwirkung des M.-G.-B. „Eintracht“ Buschhausen (Dirigent E. Kottstein jr.)

Beginn des Konzerts 4 Uhr nachm.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Unsere pass. Mitglieder mit ihren Damen sind besonders herzlichst eingeladen.

Kontoristin

(20 Jahre alt)

firm in all. vorkommenden Büroarbeiten mit Stenographie und Schreibmaschine vertraut sucht Stellung zum 1. Januar 1926.

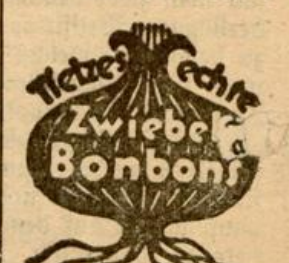
Offerten unter Nr. 2169 an die Gesch. d. W. G. Halber erbeten

Runkelrüben

Und nehme Bestellungen darauf entgegen.

Albert Herdepe, Halber, Telefon 40.

Kein Husten mehr!



Das alte Hausmittel.

Zu haben in Drogerie C. Menke, Halber, Adler-Apotheke Breckerfeld u. a. Drogerien u. Apotheken

Empfehle und halte auf Lager vorrätig:

Gerste, Gerstenmehl, Mais, Maismehl, Bruchmais, Kanabahafer, Blatahafer, Pferdehahnel, Pferde-melasse, Weizenkleie, Hühnerweizenfutter, Kartoffelflocken, Rohsalz, Viehsalz.

C. Zimmermann, Dtl.-Rönschl.

Hernuf Nr. 11.